

Einschätzungen zu Auswirkungen des Oktoberfestattentats auf die Bundestagswahl 1980

Am 26. September 1980 wurden durch das Oktoberfestattentat in München 13 Menschen getötet und mehr als 200 zum Teil schwer verletzt. Das Ministerium für Staatssicherheit verfolgte aufmerksam die Ermittlungen in der Bundesrepublik und mögliche Auswirkungen des Attentats auf den Bundestagswahlkampf.

Am 26. September 1980 explodierte in der Nähe des Haupteingangs des Münchner Oktoberfests eine Bombe, die 13 Menschen tötete und 221 zum Teil schwer verletzte. Der 21-jährige Geologiestudent und Rechtsextremist Gundolf Köhler, der bei dem Anschlag starb, hatte den selbstgebauten Sprengkörper in einem metallenen Abfallkorb deponiert. Das Oktoberfestattentat war der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskriminalamts (LKA) Bayern und des Bundeskriminalamts (BKA) bestehende Sonderkommission (Soko) "Theresienwiese" ermittelte in dem Fall. Als sich die Hinweise auf einen Terroranschlag verdichteten, leitete am 27. September 1980 auch Generalbundesanwalt (GBA) Kurt Rebmann ein Ermittlungsverfahren ein.

Die Sicherheitsbehörden identifizierten Köhler am Tag nach dem Anschlag als Attentäter. Seine Kontakte in die rechtsextreme Szene, v. a. zur paramilitärischen Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, waren bereits nachrichtendienstlich erfasst. Köhler hatte u. a. an Wehrsportübungen der WSG teilgenommen und mit ihrem Leiter Karl-Heinz Hoffmann korrespondiert. Die Organisation war bereits im Januar 1980 durch Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) verboten worden.

Trotz dieser Informationen und Zeugenaussagen zu weiteren Personen am Tatort schlossen die Soko "Theresienwiese" und der GBA letztlich ein rechtsextremistisches Tatmotiv aus und hielten an der Einzeltätertheorie fest. Im Mai 1981 stellte die Soko ihre Ermittlungen ein, im November 1982 auch der GBA.

Der Anschlag fand in einer politisch aufgeheizten Zeit statt: Am 5. Oktober 1980 stand die Bundestagswahl an, bei der sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) gegenüberstanden. In Schmidts Regierungszeit (ab 1974) fiel die Hochphase des Terrors der Roten Armee Fraktion. Daher prägte das Thema Sicherheit – vor allem mit Blick auf den Linksterrorismus – den Wahlkampf. Obwohl gerade die Zahl rechtsextremer Gewalttaten ab Mitte der 1970er Jahre zugenommen hatte.

Schmidts konservative Herausforderer suchten die Schuldigen unmittelbar nach dem Anschlag im linksextremistischen Lager. Die Aktivitäten der WSG hingegen spielten sie herunter. Auch eine Tatbeteiligung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) schlossen sie nicht aus.

Das MfS verfolgte die Ereignisse rund um das Oktoberfestattentat aufmerksam. Es schöpfte Ermittlungsergebnisse der westdeutschen Sicherheitsbehörden ab, dokumentierte die Berichterstattung in der Bundesrepublik und bewertete die Auswirkungen des Anschlags auf die Bundestagswahl.

Zahlreiche – zum Teil zuvor aus der DDR geflohene oder freigekaufte – Rechtsextremisten hatte das MfS in seinem Speicher erfasst. Außerdem setzte es inoffizielle Mitarbeiter in der rechten Szene in der Bundesrepublik ein. Sein Ziel: neonazistische Organisationen im eigenen Land verhindern und Material sammeln, das die Bundesrepublik diskreditieren könnte.

Unmittelbar nach dem Oktoberfestattentat sammelte das MfS Reaktionen westdeutscher Politiker auf den Anschlag, um dessen Auswirkungen auf die Bundestagswahl einschätzen zu können. Ein Bericht vom 30. September 1980 fasst die Einschätzungen zweier Staatssekretäre im Bundesinnenministerium zusammen.

Im Zentrum des Dokuments steht der Konflikt zwischen Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) und dem bayerischen Innenminister Gerold Tandler (CSU) bezüglich der Frage, welche Gefahr vom Rechtsextremismus im Allgemeinen und der WSG im Speziellen ausginge.

Das Dokument spiegelt die politische Stimmung im Herbst 1980 wider, die von einem stark polarisierten Wahlkampf geprägt war.

Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BArch

Datum: September 1980

Einschätzungen zu Auswirkungen des Oktoberfestattentats auf die Bundestagswahl 1980

Bundestagswahl 1980

BSU
000025

E 326/180

BSU
000213

Streng vertraulich
(A, A1, 22)
XXII/3

XXII/AKG
Tgb.-Nr.: 1460/80

Information G/5613/30/09/80

Im Zusammenhang mit dem Terroranschlag auf dem Oktoberfest in München wurden interne Einschätzungen des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern (BMI) der BRD,

HARTKOPF, Günter,

und des Staatssekretärs im BMI,

FRÜHLICH, Siegfried,

zur politischen Bewertung dieses Vorkommnisses bekannt.

Nach den Meinungen beider Staatssekretäre erreichten die Angriffe der CDU/CSU gegen den Bundesinnenminister der BRD,

BAUM, Gerhart-Rudolf,

anlässlich des Münchener Vorfalles bei der Öffentlichkeit der BRD nicht die von der Opposition angestrebte und beabsichtigte Wirksamkeit. Zum Beispiel würden nach Hartkopfs Ansicht die von Strauß gegen den Bundesinnenminister bezüglich des Bombenanschlages erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen, dargestellt in einem Artikel der Springerzeitung "Die Welt", Ausgabe vom 29. 9. 1980, bei den Lesern kaum noch Beachtung finden. Für Baum habe sich relativ günstig ausgewirkt, daß der Bombenanschlag durch rechtsextremistische Kreise inszeniert worden ist. Nach Hartkopfs Einschätzung hätte sich das Vorkommnis für den Fall, es wäre durch linksextremistische Kräfte durchgeführt worden, für Baum politisch äußerst negativ ausgewirkt und vermutlich zu dessen Rücktritt geführt. In diesem Zusammenhang bewertete Hartkopf und Fröhlich die bereits vor längerer Zeit erfolgte Vorgehensweise des BMI gegen die sogenannte Wehrsportgruppe Hoffmann.

Die eingetretenen Ereignisse würden die Richtigkeit des Vorgehens von Bundesminister Baum gegen die neonazistische Wehrsportgruppe unterstreichen. Der bayerische Innenminister,

TANDLER, Gerold,

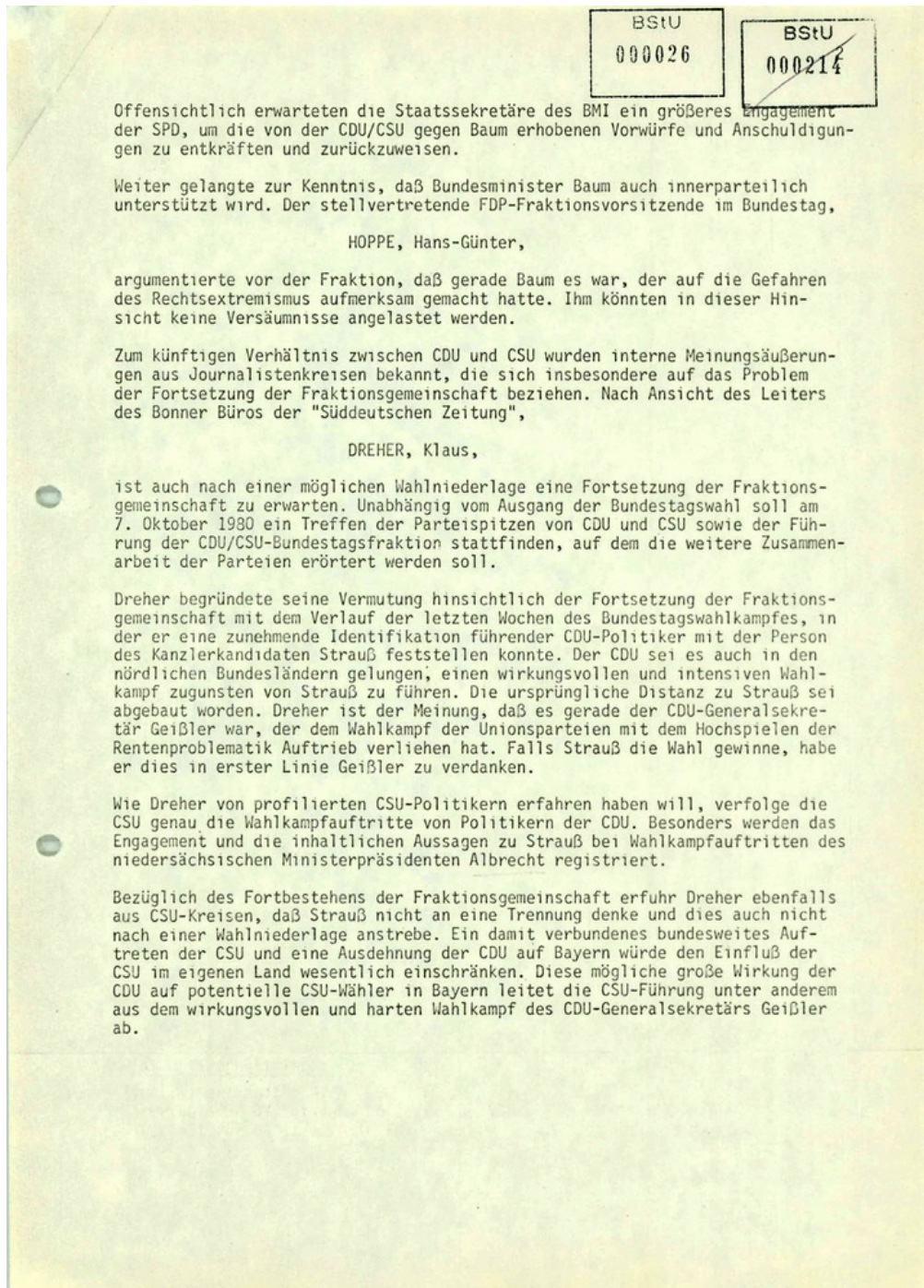
gerate demgegenüber aus politischer Sicht in eine schwierige Lage, da er zum Zeitpunkt des Verbots versuchte, das Vorgehen Baums als "Überreaktion" gegen Rechtskräfte zu charakterisieren. Laut Tandler handele es sich bei der Wehrsportgruppe um "harmlose Leute".

Erstaunen zeigten beide Staatssekretäre darüber, daß die SPD-Führung in offiziellen Stellungnahmen zu dem Münchener Bombenanschlag mit einer gewissen Zurückhaltung reagierte. Die SPD-Führungsspitze stellte sich zwar vor Baum, tue dies aber nach Meinung von Hartkopf und Fröhlich nur ungern und lediglich als "Pflichtübung" im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf.

Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4

Blatt

Einschätzungen zu Auswirkungen des Oktoberfestattentats auf die Bundestagswahl 1980



Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4

Blatt